



| Vorstand

Hans-Jürgen Urban, FB
Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen/Strategische Planung

Gewerkschaften mobilisieren für den Sozialstaat

**Aktions-Konferenz der IG Metall Bezirk
Niedersachsen/Sachsen-Anhalt
am 5. 10.2006 in Hannover**

„100-Tage-Bilanz“ der Großen Koalition - die Selbstdarstellung -



| Vorstand

***„ Die neue Bundesregierung hat das Erbe
der rot-grünen Bundesregierung in
zentralen Politikbereichen
angenommen:***

- Wir fahren fort mit den Reformen, die wir
unter der Überschrift AGENDA 2010
begonnen haben. ...“*



Vom „Sozialstaat“

zum

„Wettbewerbsstaat“ ?

- marktkorrigierend
- arbeitsschützend
- konjunktur- und wachstumspolitisch intervenierend
- sozialpolitisch vor allem kompensierend

- marktöffnend
- kapitalfördernd
- ordnungspolitisch intervenierend
- sozialpolitisch vor allem „aktivierend“

Strategie des „Rück – und Umbaus“ des Sozialstaates



| Vorstand

- ➔ Die wachstumspolitische Strategie:
„Angebotspolitik“ und „Marktöffnung“
- ➔ Die fiskalpolitische Strategie:
„Kapitalentlastung“ und „Konsumbesteuerung“
- ➔ Die sozialpolitische Strategie:
„Privatisierung“ und „Kapitalisierung“
- ➔ Die arbeitsmarktpolitische Strategie:
„Aktivierung“ und „Prekarisierung“



Es gibt keine Alternative!?

Es gibt keine Alternative!?

Es gibt keine Alternative!?

Es gibt keine Alternative!?

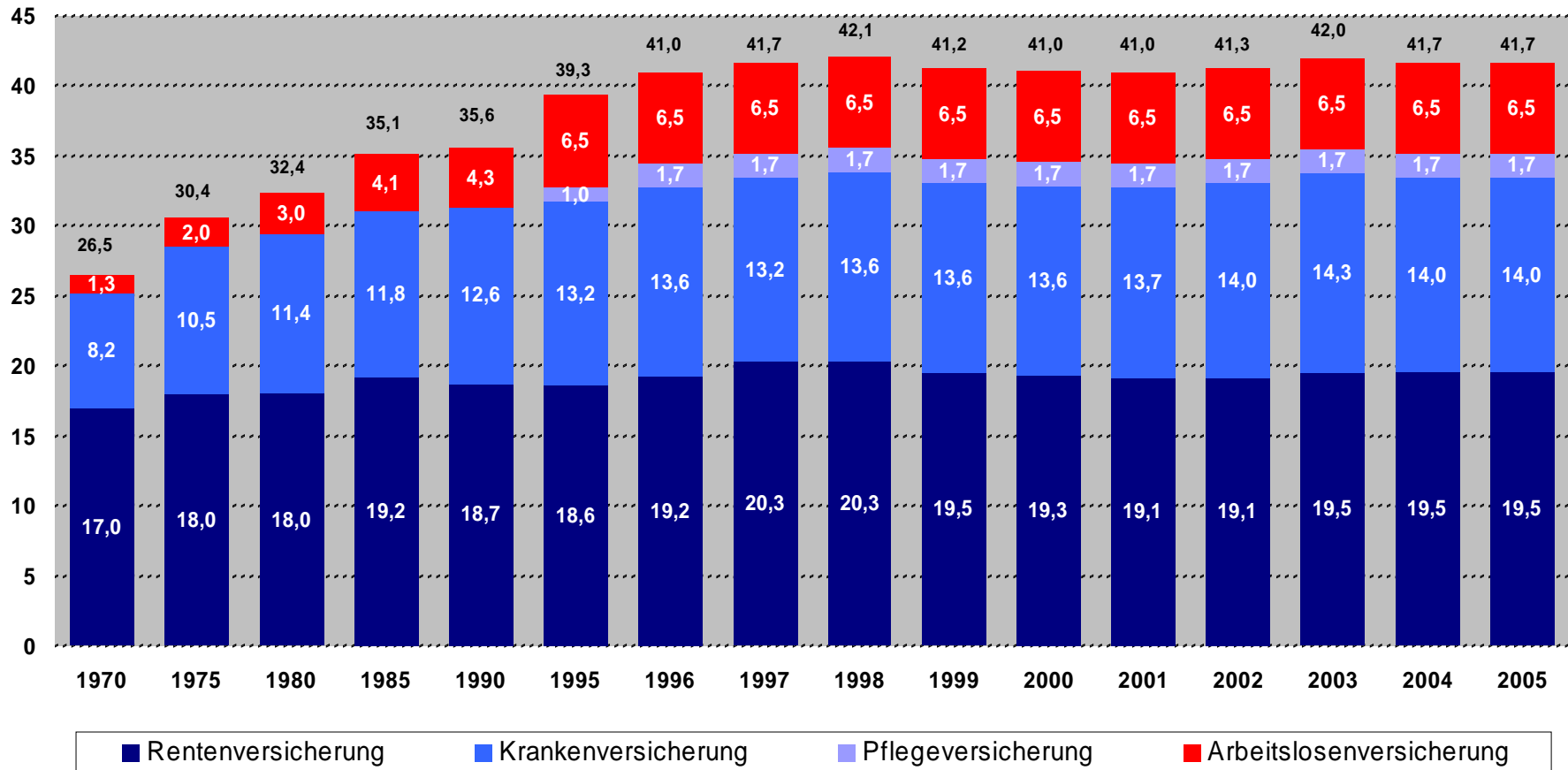
Es gibt keine Alternative!?

Entwicklung der Beitragssätze in der Sozialversicherung



| Vorstand

Anteil am beitragspflichtigen Bruttoarbeitsentgelt in



Quelle: BMWA, BMGS

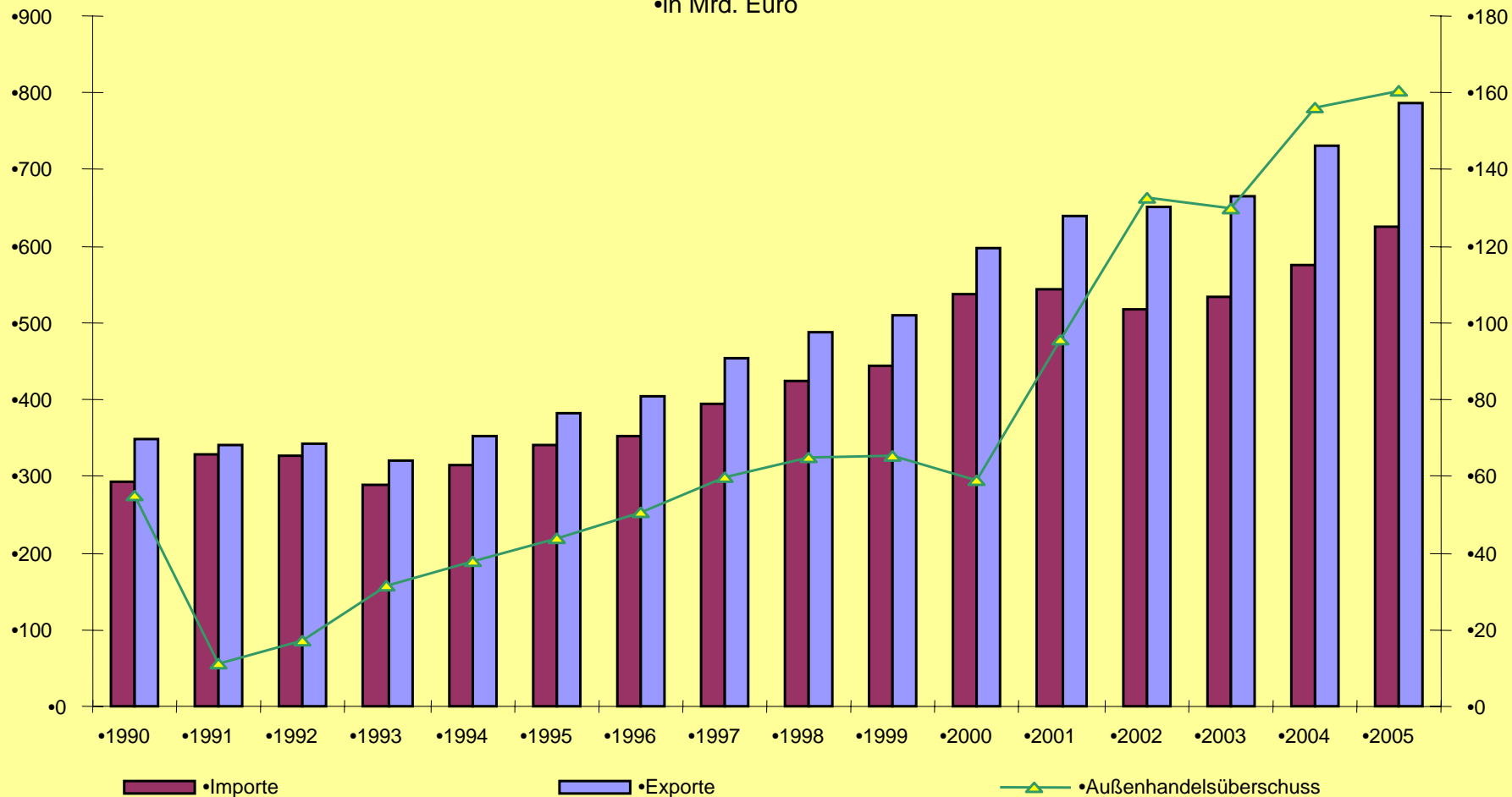
Auftriebsfaktor: Außenwirtschaft



| Vorstand

Importe, Exporte und Außenhandelsüberschuss

•in Mrd. Euro



Kosten und Verteilung: Ertragssteigerung durch sinkende Lohnstückkosten!

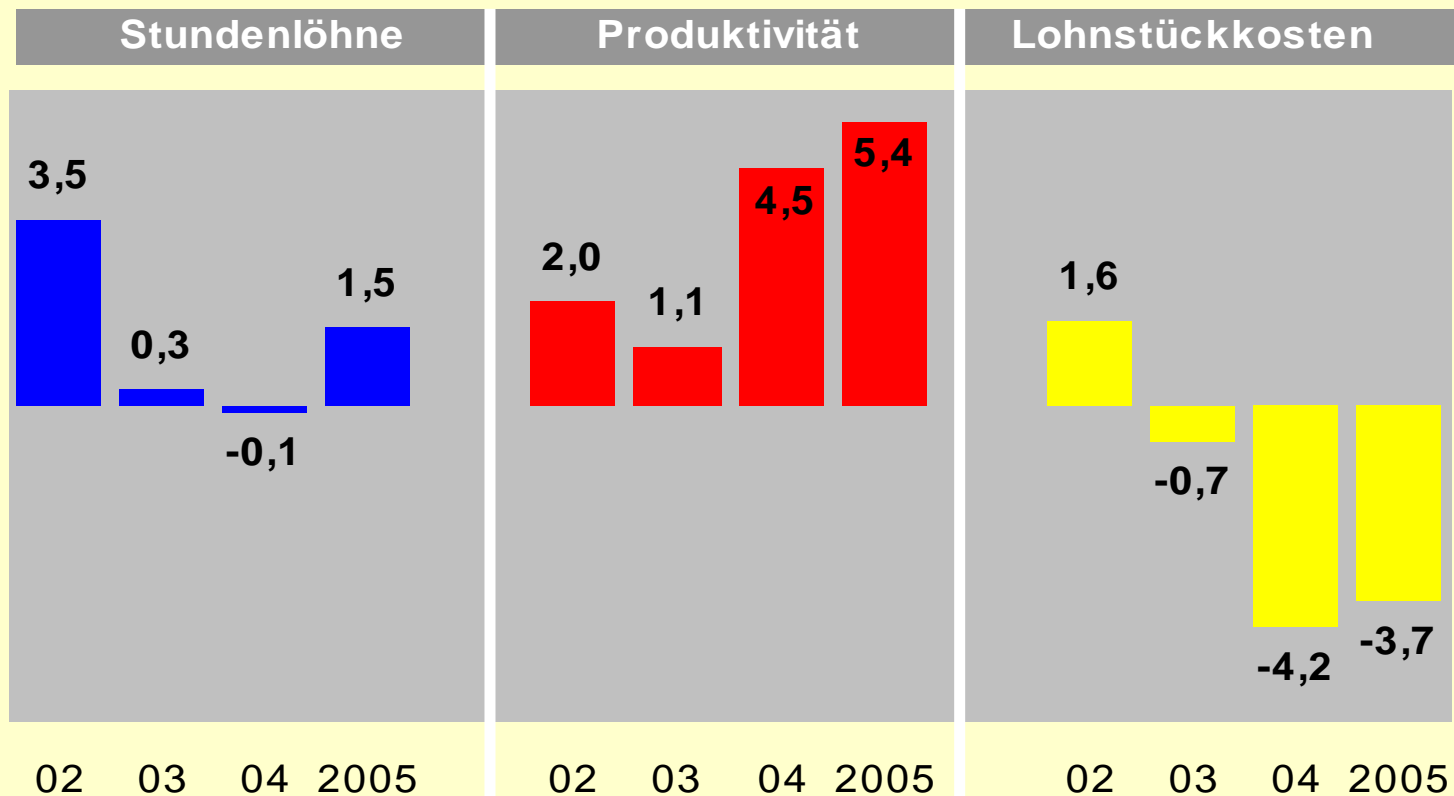


| Vorstand

Metallverarbeitung:

Produktivität und Lohnstückkosten

Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent



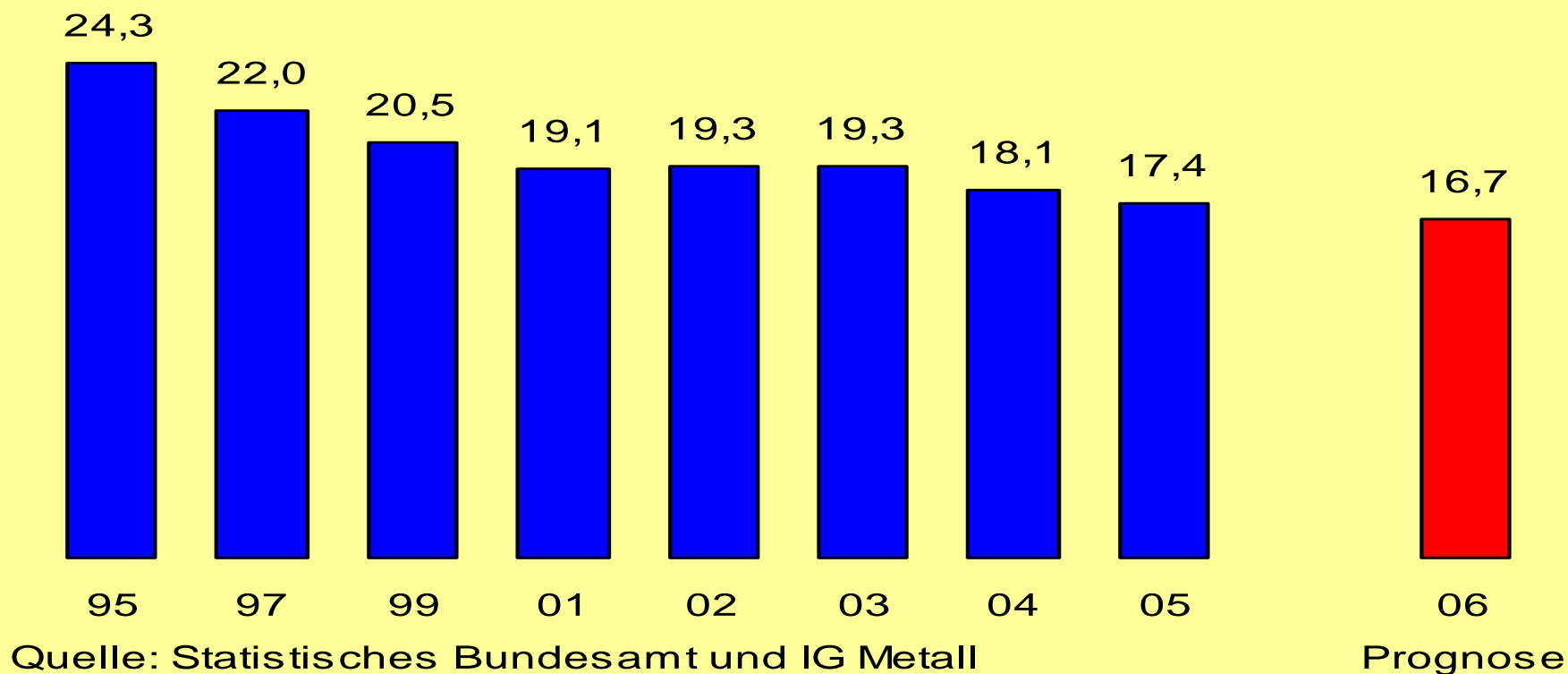
Quelle: Statistisches Bundesamt



Kosten und Verteilung: Lohnquote wird immer kleiner

Lohnquote erneut rückläufig

- Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz in der Metallverarbeitung in Prozent -

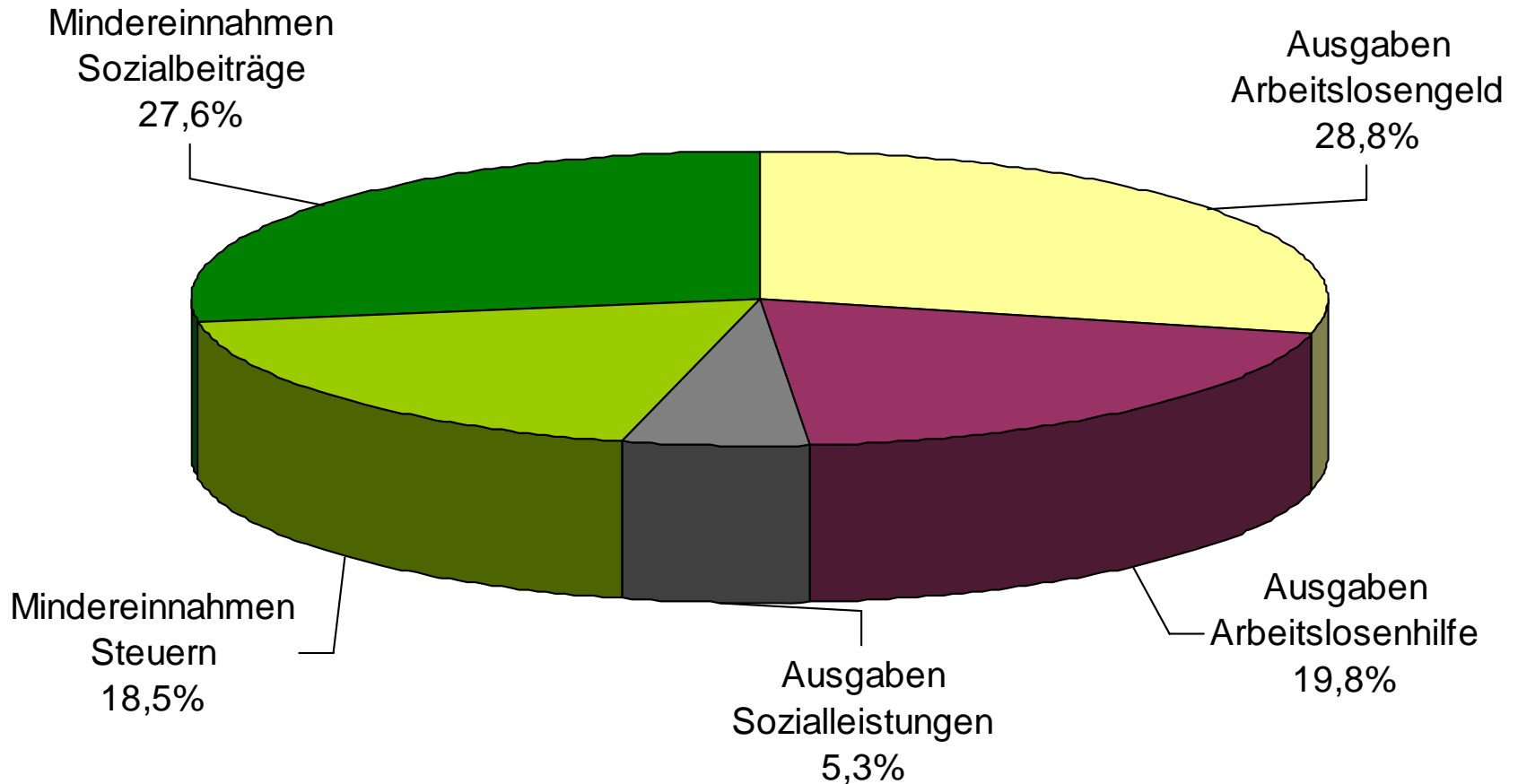


Gesamtfiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit in 2004



| Vorstand

Gesamtvolumen: 85,7 Mrd. Euro



Quelle: IAB

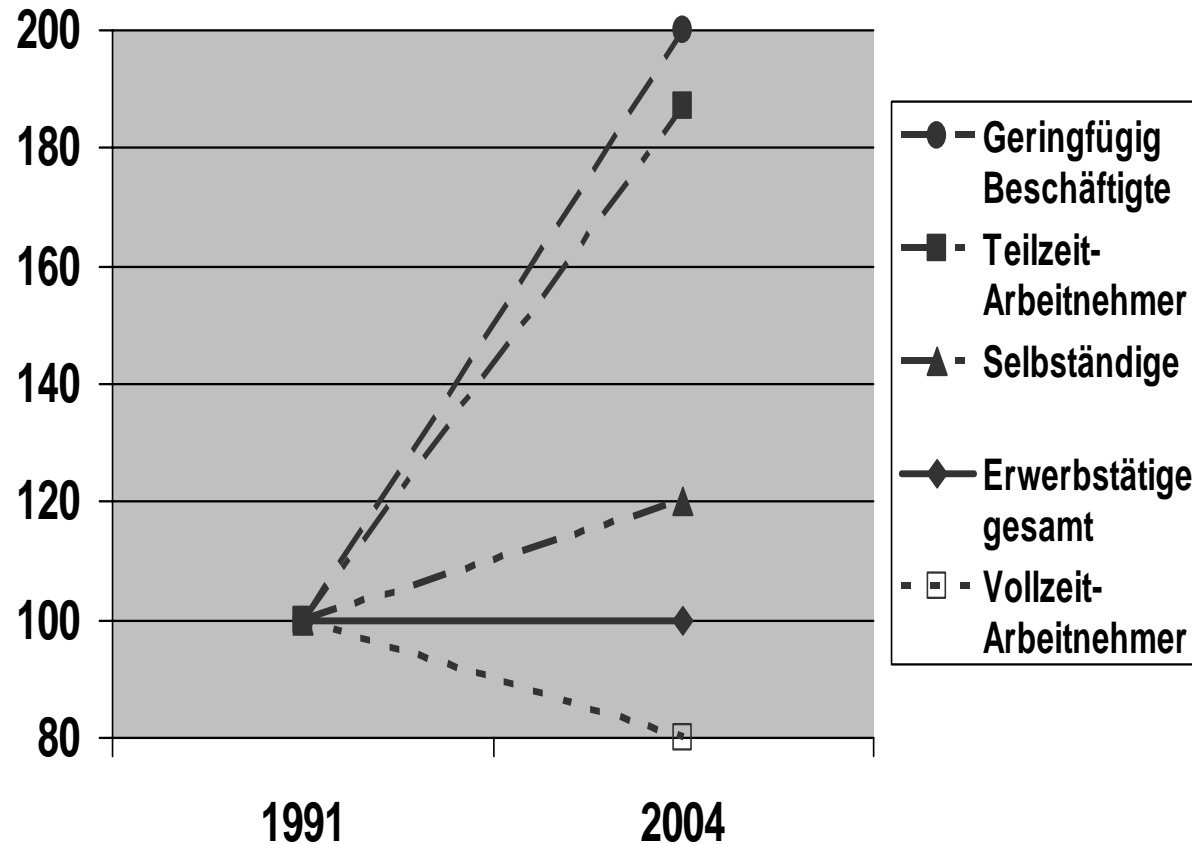
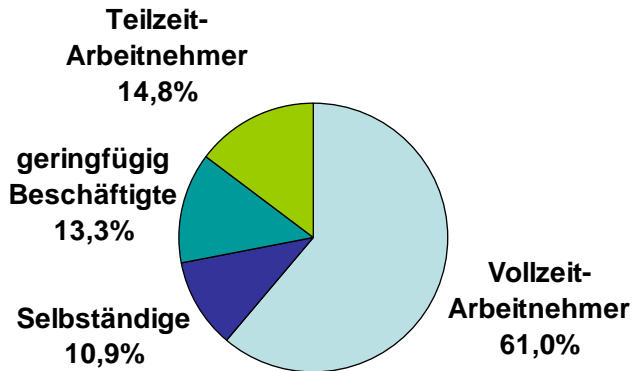
Wandel der Erwerbstätigkeit



| Vorstand

Entwicklung der Erwerbsformen

Anteil in % im Jahr 2004



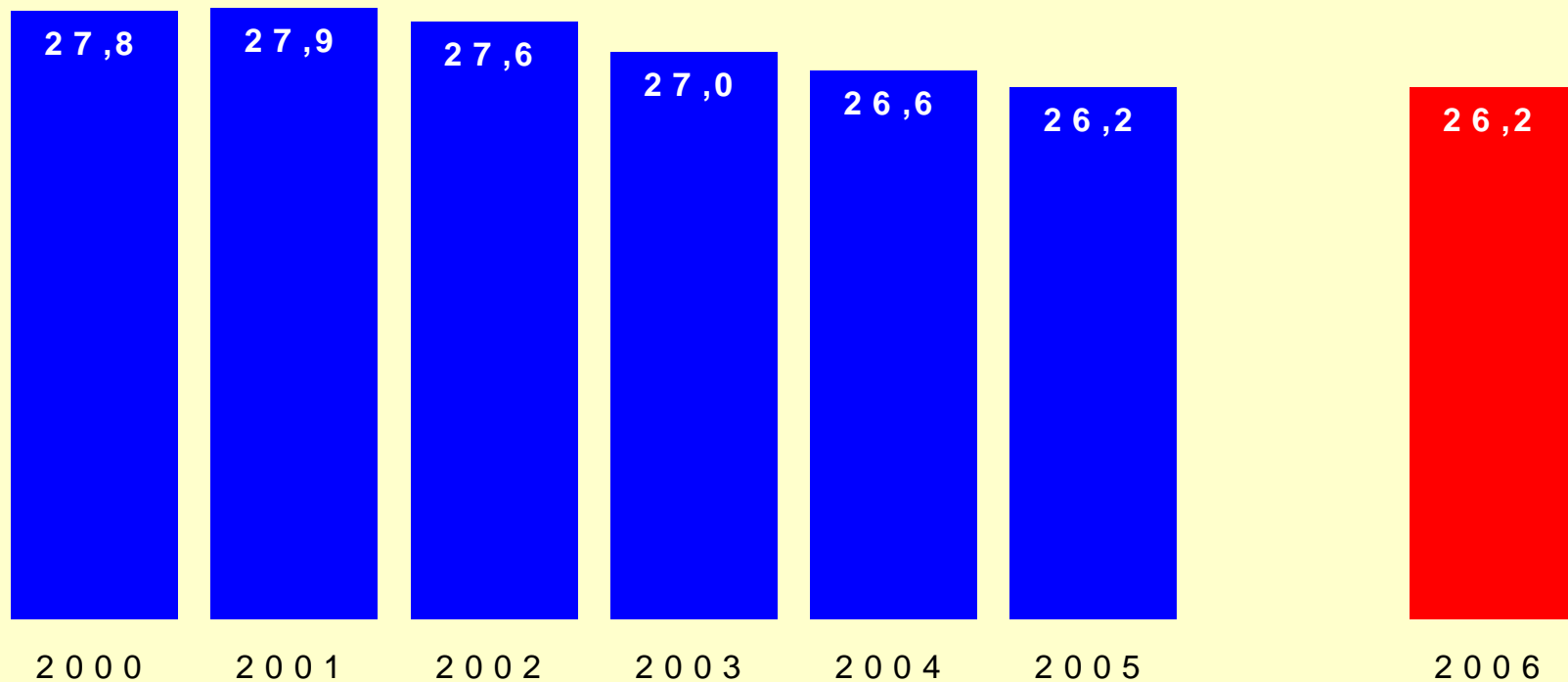
Quelle: IAB

Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung!



| Vorstand

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Millionen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit und Frühjahrsgutachten 2006
Wirtschaftsforschungsinstitute

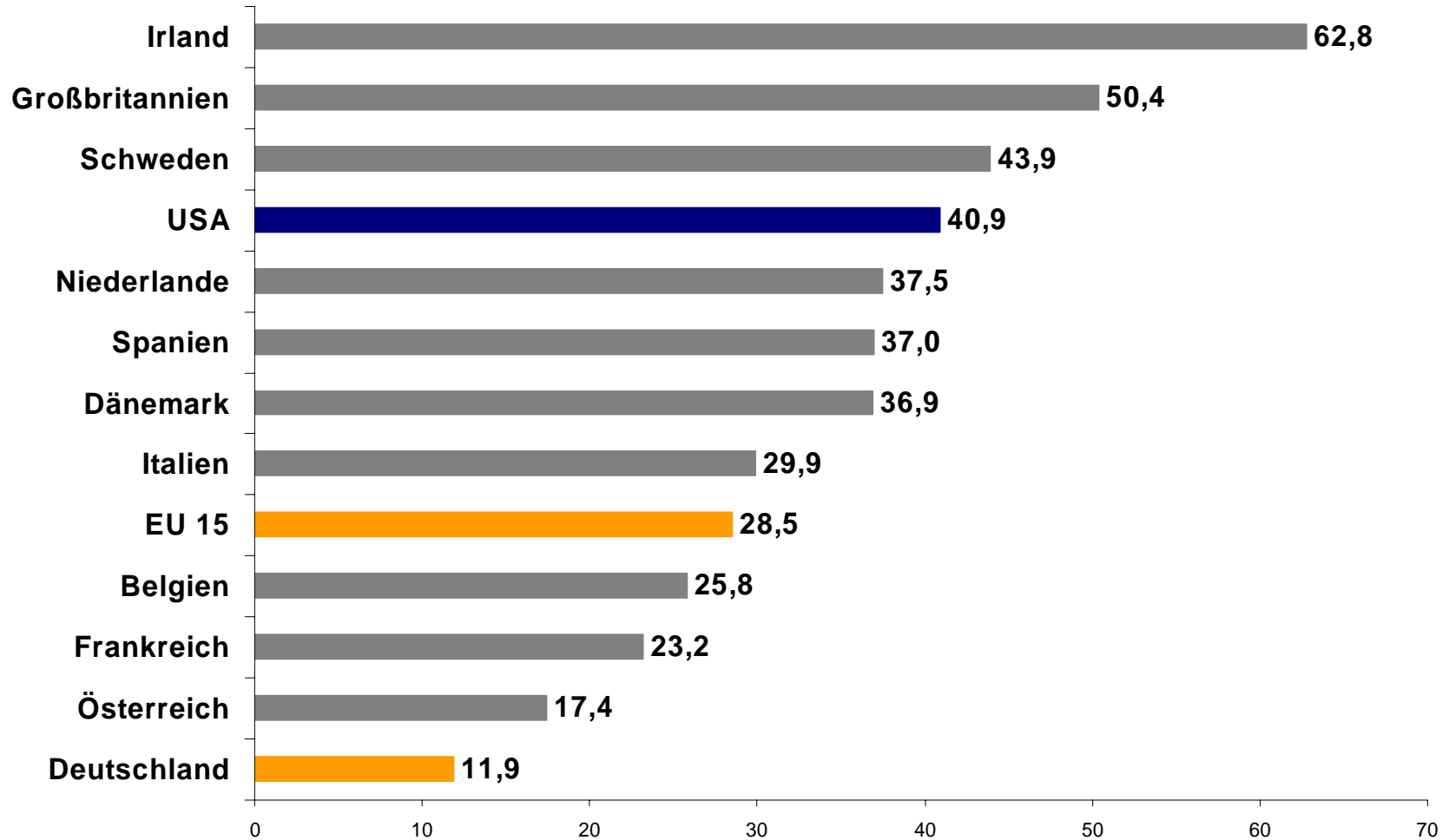
26,4

Entwicklung der Nominallohne 1995-2004 (in %)



| Vorstand

Quelle: Schulten 2005 nach Euro-Stat.



Beschäftigungskrise und Finanzdefizite der Sozialversicherungen



| Vorstand

- ➔ „ Der finanzielle Status aller Zweige der Sozialversicherung wurde auch in diesem Jahr durch eine **schwache Einnahmentwicklung** geprägt. (...) Die Einnahme der deutschen Sozialversicherungen hängen in hohem Maße von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ab. (...) Dieser Rückgang schwächt die Einnahmehasis der Systeme (...)“
- ➔ „Auch im Jahr 2005 war die finanzielle Situation der Gesetzlichen Rentenversicherung äußerst angespannt. Dabei sind die derzeitigen Entwicklungen im Wesentlichen auf die **andauernd schwache Entwicklung der Einnahmen** zurückzuführen. (...) Verantwortlich für den Beitragsrückgang waren die **hohe Arbeitslosigkeit**, die **anhaltende Schrumpfung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung** sowie die **verhaltene Lohnentwicklung**.“

Quelle: Sachverständigenrat (2005): Jahresgutachten 2005/06, S. 331 u. 333.

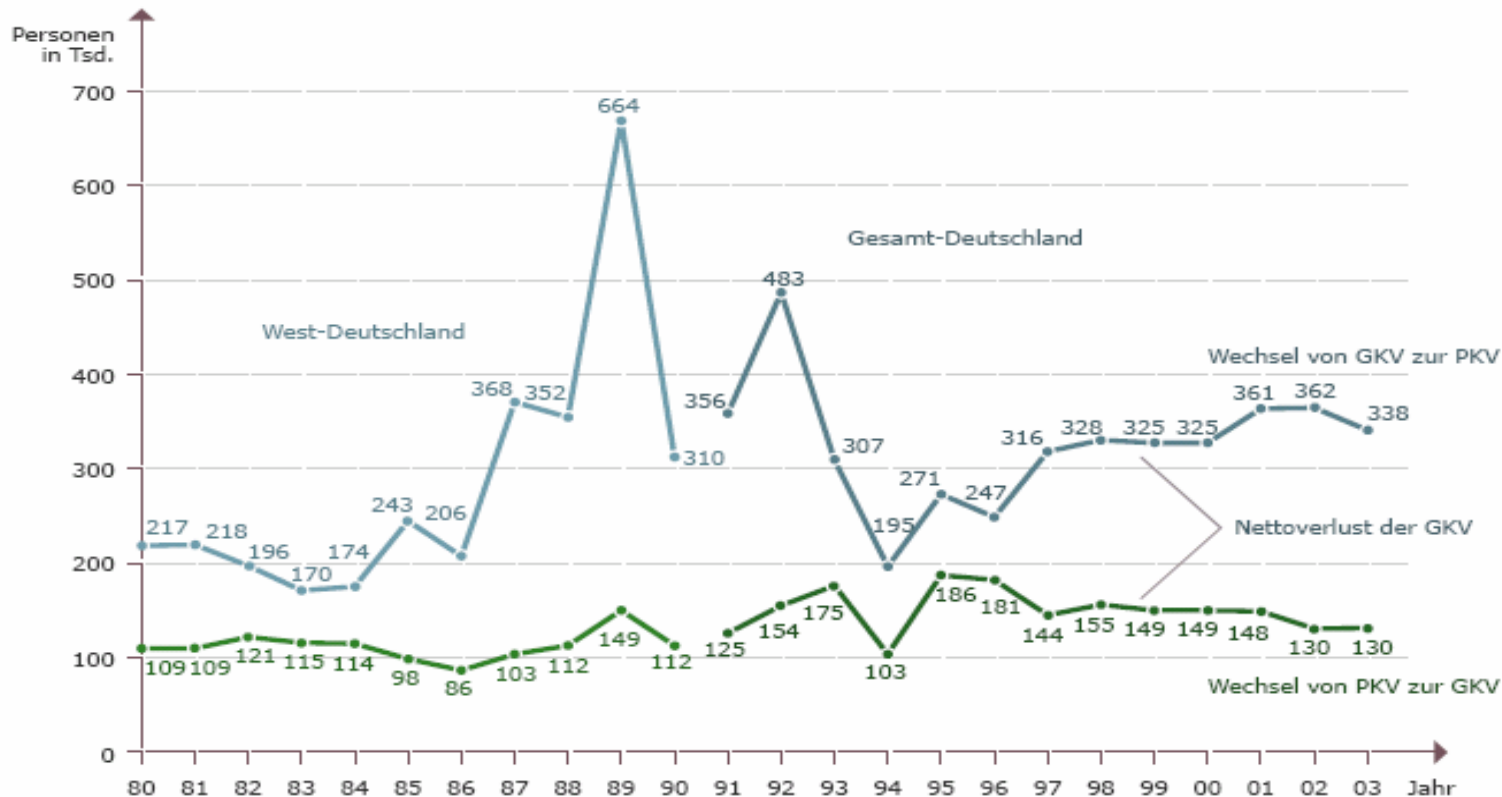
Wechsel zwischen GKV und PKV



| Vorstand

■ Wechsel zwischen Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung

In absoluten Zahlen, Deutschland 1980 bis 2003



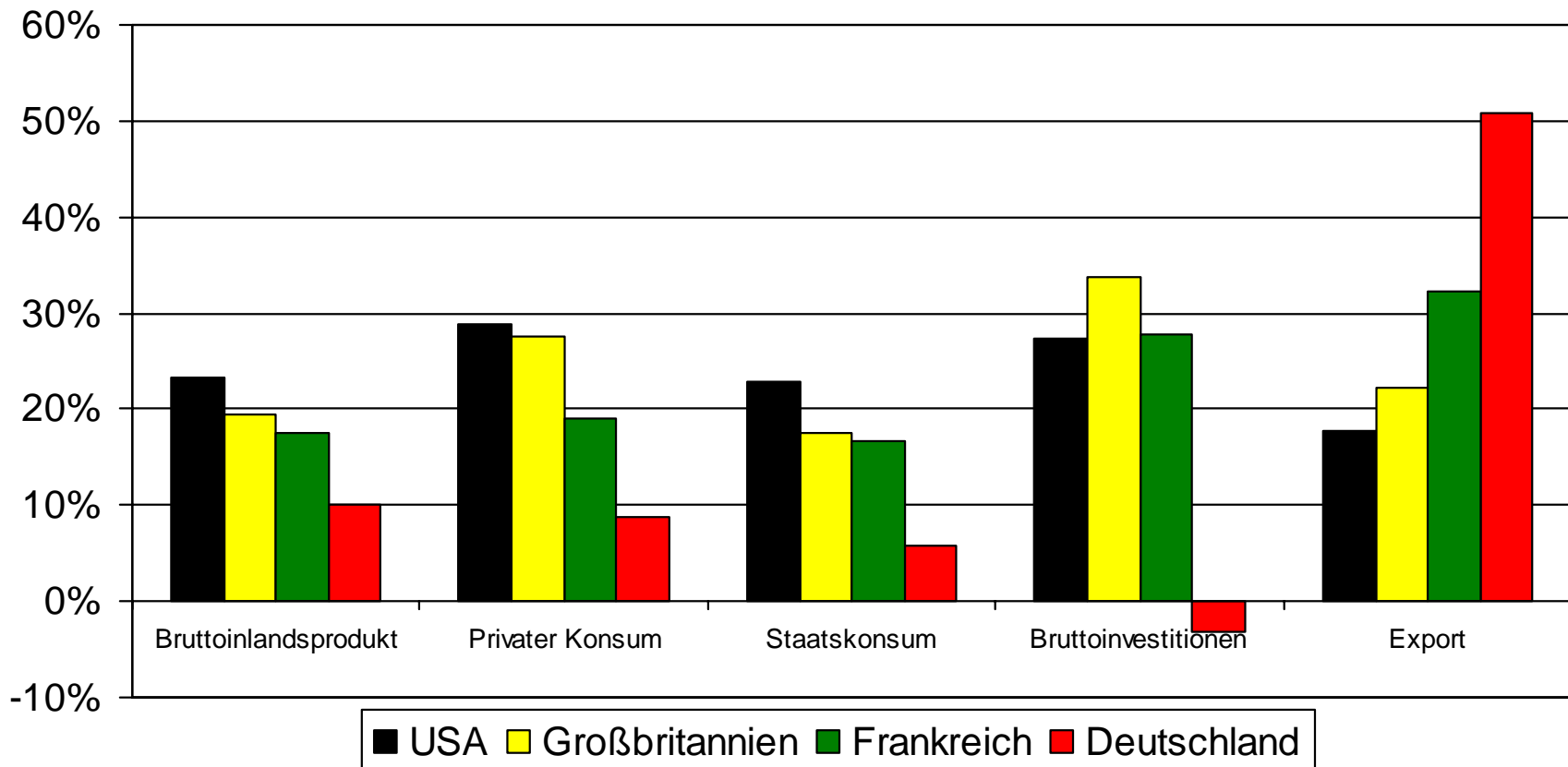
Quelle: Verband der Angestellten-Krankenkassen, Arbeiter-Ersatzkassen-Verband
Stand: 11.2004

bpt © 2005 Bundeszentrale für politische Bildung

Reales Wachstum der Nachfragekomponenten 1998 - 2004



| Vorstand



Quelle: OECD Economic Outlook Nr. 74/2003, Sachverständigenrat-Gutachten 2005, eigene Berechnungen

Der Sozialstaats-Auftrag des Grundgesetzes (I)



| Vorstand

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein **demokratischer und sozialer Bundesstaat.**“
(Art. 20 GG)

„Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des (...) **demokratischen und sozialen Rechtsstaates** im Sinne des Grundgesetzes entsprechen.“
(Art. 28 GG)

Der Sozialstaats-Auftrag des Grundgesetzes (II)



| Vorstand

- „**Eigentum verpflichtet**. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ (Art. 14 GG)
- „Eine **Enteignung** ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.“ (Art. 14 GG)
- „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der **Vergesellschaftung** durch ein Gesetz (...) in **Gemeineigentum** oder in andere Formen der **Gemeinwirtschaft** überführt werden. Für die **Entschädigung** (...) .“ (Art. 15 GG)

Der Sozialstaat ist mehr wert als er kostet!!!



| Vorstand

**Gerade in Zeiten der
Europäisierung, Globalisierung und Individualisierung
ist der Sozialstaat notwendiger denn je!**

Der Sozialstaat ist und bleibt unverzichtbar für:

- ➔ ... qualitatives Wachstum sowie für mehr und bessere Arbeitsplätze
- ➔ ... eine gerechtere Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen
- ➔ ... soziale Sicherheit trotz steigender sozialer Risiken
- ➔ ... eine stabile politische Demokratie

Die Antwort: „Gegen-Agenda“ einer solidarischen Reformpolitik



| Vorstand

➔ Die wachstumspolitische Strategie:

mehr **öffentliche Investitionen und Güter** und eine nachhaltige Gesellschaftspolitik (z.B. durch ein öffentliches Investitionsprogramm, mehr Ausgaben in Gesundheit, Bildung, ÖPNV usw.)

➔ Die fiskalpolitische Strategie:

mehr Verteilungs-Gerechtigkeit, finanzielle Ergiebigkeit durch Nachhaltigkeit (z.B. durch die „**solidarische Einfachsteuer**“)

➔ Die sozialpolitische Strategie:

mehr Solidarität und Qualität in den Sozialversicherungen (z.B. durch die **soziale Bürgerversicherung** und **Generationen-Solidarität**)

➔ Die arbeitsmarktpolitische Strategie:

Mehr soziale Sicherheit und Beschäftigungschancen (z.B. durch **Mindestlohn** und Sektor **öffentlich geförderter Beschäftigung**)



Und die Rolle der Gewerkschaften?

Die Gewerkschaften und die IG Metall sollten sein:

- ➔ **Pragmatischer „Reform“-Begleiter ???**
- ➔ **Verteidigerin vorhandener Strukturen ???**
- ➔ **Mitgliederorientierte Gegenmacht und Reformkraft !!!**

➔ Bis zum 21. Oktober 2006:

- Bundesweite öffentliche Kritik und Bennung der Alternativen:
 - Tagung der IG Metall-Selbstverwalter am 12.09. 2006 in Frankfurt;
 - Auftaktveranstaltung des DGB: BR- und PR-Konferenz am 20.09. 2006 in Berlin
- Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen vor Ort (jede IG Metall-Verwaltungsstelle mindestens eine Veranstaltung)
- Infostände in Fußgängerzonen, vor Betriebskantinen usw.
- Bündnisse mit anderen Gewerkschaften, Sozialverbänden, sozialen Bewegungen usw.

➔ Groß-Kundgebungen am 21. 10. 2006 in Berlin, Dortmund, Frankfurt, Stuttgart und München!

➔ Nach den Kundgebungen:

- Betriebliche gestützte Lobbyarbeit (z.B. bundesweit organisierte „Betriebstermine“ der Wahlkreisabgeordneten und anschließende öffentliche Debatten)
- Aktivierung der Tarifpolitik (Tarifregelung für „betriebliche Generationen-Verträge“ ?)
- Vorbereitung von betrieblichen Aktionen während der Arbeitszeit (Motto: Jede Verwaltungsstelle mit zwei Betrieben!)

**„Das geht
besser.“**

Aber nicht von allein! **DGB**

Der nächste Schritt:

**Kundgebungen am 21. Oktober 2006
in Berlin, Dortmund, Frankfurt,
Stuttgart und München!**